

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Besatz-Wehr
Niederlage für Dresden
der sich gegen
den Reichstag
zurückgezogen
ist. Die Besatz-
truppen sind
auf dem Marsch
nach Dresden.
Die Besatz-
truppen sind
auf dem Marsch
nach Dresden.
Die Besatz-
truppen sind
auf dem Marsch
nach Dresden.

Anzeigen-Zarif.
Kunstmaler von
Bismarckstr. 10
bis 12 Uhr. Sonntags
von 11 bis 12 Uhr.
Einmalige Grundgebühren
von 10 bis 20 Pf.
Familien-Anzeigen
aus Dresden 25 Pf.
die zweispaltige Zeile
auf 24 Stunden 70 Pf., die
dreispaltige 1,00 Mk. — In
Nummern nach Sonn-
und Feiertagen die
einmalige Grundgebühren
25 Pf., Familien-
Anzeigen aus Dres-
den die Grundgebühren
20 Pf. — Ausdrück-
liche Aufträge nur gegen
Vorauszahlung. —
Jedes Belegblatt fahrt
10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Für Feinschmecker: **Lebeck's** **Fondant-Chocolade** per Tafel 50 g
Rahm-Chocolade
Bitter-Chocolade
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2,40 M.
Dessert per Carton 2, 3 u. 4 M.

Marka: Dreifach.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Schläuche
Klappen
Platten
Ringe
Schnüre
Walzen
Puffer
Riemen aus

Gummi
Guttapercha
Asbest

fertigt in
garantiert
haltbaren
Qualitäten
E. Böhme
Dresden
Ferdinandstr. 13.

Beleuchtungs-Gegenstände
für jede Lichtart.
Anfertigung kunstgewerblicher Beleuchtungs-Körper.
Größte Auswahl. Viele Referenzen.
Julius Schädlich Kronleuchter-Fabrik,
Am See 16. Fernsprecher 1136.

Hüte jeder Art
Buchholz 21
nur Wettinerstr.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.**

Für eilige Leser.

Nutmäßige Witterung: Volkig, mild, kein erheblicher Niederschlag.

Der Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt hat das Ertragsgesetz über die Einverleibung Reichs nach Dresden einstimmig befürwortet.

Der Gesetzentwurf über das Petroleum-Reichsmonopol wird jetzt mit der Begründung in der „Nordd. Allg. Sta.“ veröffentlicht.

Mit dem Plane einer deutschen Rheinmündung beschäftigte sich eine im preussischen Abgeordnetenhaus abgehaltene Versammlung des Vereins zur Förderung des Bundes eines großen Schiffahrtsweges vom Rhein zur deutschen Nordsee.

Die Regierungen beider Medlenburg haben als einzige deutsche Bundesstaaten die Steuerfähe für 1913 ermäßigt.

Die schwedische Akademie hat den literarischen Nobelpreis an Gerhart Hauptmann verliehen.

Durch das am Donnerstag unterzeichnete französisch-spanische Marokkoabkommen erhält Spanien unter Auschluss von Tanger die ganze maroffanische Mittelmeerküste mit einem Hinterland von etwa 75 Kilometer Breite.

Die erste bulgarische Armee hat nach Meldungen aus Sofia die Tschataldscha-Linie bei Hademsoj, dem Kernpunkt der ganzen Stellung, durchbrochen; 6 Forts sind bereits im Besitze der Bulgaren.

In Saloniki herrscht größte Aufregung, da die regulären Truppen plündern und Gewalttakte begehen.

Das parlamentarische Pulverfaß in England

Es durch einen Funken, der bei der Beratung der Homerulebill hineinflog, zur Explosion gebracht worden. Wie scharf die Geister aufeinandergeplagt sind, erhellt aus der für das gewohnte angelsächsische Volk geradezu unvorstellbaren Erregung, die das ganze Unterhaus bei der Verlesung der Niederlage der Regierung ergriff. Die Opposition konnte ihren Jubel so wenig mäßigen, daß ihre Mitglieder sich zu den Fenstern des Parlaments drängten und das Ergebnis auf die Straße hinausriefen. Es ist aber nicht bloß die Parteileidenschaft, die bis zur Strebühne geeignete Nebenbuhlerschaft zwischen Konservativen und Liberalen, die bei dieser Wendung in Betracht kommt, sondern es steckt noch etwas viel Ernsteres dahinter, das von einem oppositionellen Führer mit den Worten zum Ausdruck gebracht wurde: „Dies ist das Ende der parlamentarischen Regierung und der Anfang des Bürgerkrieges“. Um das zu verstehen und richtig zu würdigen, muß man sich die völlig veränderte Lage vorstellen, die das Parlament in Bezug auf die Homerulebill noch bei seinem Wiederzusammentritt nach der Vertagungspause vorgefunden hat. Der Hauptwiderstand gegen die irischen Selbstverwaltungsforderungen ging von jeher von den Protestanten in Ulster aus, die von strenggläubigen schottischen Puritanern stammten und als solche ganz in der einseitigen, bis zum Fanatismus gesteigerten Gegnerschaft gegen die römische Papstkirche aufgingen. Von diesen Elementen wurde während der Vertagung des Parlaments eine gewaltige Bewegung gegen die Homerulebill eingeleitet, die in einen feierlichen Rülischwur ausklang. Darnach haben die Ulsteraner sich in einer besonderen, von allen ihren Führern unterzeichneten Urkunde verpflichtet, das Parlament in Dublin, falls Homerule wirklich Gesetz werden sollte, nicht anzuerkennen, den von ihm erlassenen Gesetzen nicht zu gehorchen und seinen Steueransforderungen nicht nachzukommen. Ja, es soll sogar zur Verhinderung der drohenden Herrschaft einer katholisch-nationalistischen Mehrheit in Irland als äußerstes Mittel der gewaltsame Widerstand, das heißt also der Bürgerkrieg, nicht gescheut werden. Diese Bewegung hat einen solchen Umfang angenommen, daß die konservativ-unionistische Opposition im Unterhause nochmals alle Kraft zusammenraffte, um die Homerulebill zu Fall zu bringen, und es gelang ihr auch wirklich, für einen von ihr geforderten Abänderungsantrag, der die finanziellen Grundlagen der Bill erschütterte, und dadurch den ganzen Entwurf insanken brachte, eine Mehrheit zustande zu bringen.

Das Kabinett Asquith ist durch diese Niederlage in eine sehr peinliche Lage versetzt worden. Verzichten auf die Homerulebill kann es nicht, weil es dann infolge der Einbuße seiner irischen Gefolgschaft im Parlament in der Luft schweben würde; sucht es aber Homerule mit allen Mitteln doch noch durchzubringen, so riskiert es auf Seiten der protestantischen Ulsteraner einen Zustand der offenen Rebellion, dessen gewaltsame Unterdrückung das Kabinett in die größte Verlegenheit setzen würde, weil es sich bei den Ulsteranern um sehr loyale Untertanen der britischen Krone handelt, die nur verlangen, in ihren bisherigen Rechten nicht gekürzt zu werden und auch ihre Gesetze direkt vom Londoner Reichsparlament zu empfangen, anstatt sich „unter das Joch eines katholisch-nationalistischen Parlaments“ bringen zu müssen. Dazu kommt, daß die liberale Regierung in der gegenwärtigen Krise auch in formaler verfassungsmäßiger Hinsicht keinen sicheren Boden unter den Füßen hat. Bisher ist bekanntlich England das klassische Land des unbedingten parlamentarischen Systems gewesen, das den Rücktritt der jeweiligen Regierung unerbittlich fordert, sobald sie in irgendeinem wichtigen Punkte von ihrer eigenen parlamentarischen Mehrheit im Stiche gelassen wird. Jetzt zum ersten Male nimmt ein liberales Kabinett einen Standpunkt ein, für den bisher in der ganzen parlamentarischen Geschichte Englands kein Präzedenzfall vorhanden ist! Herr Asquith will trotz seiner Niederlage nicht gehen, sondern verlangt eine nochmalige Abstimmung über das Amendement Vandura, auf Grund eines von der Regierung gestellten Antrags, der die Ungültigkeitserklärung des genannten Amendements herbeiführen soll.

Dieser von der Regierung beabsichtigte Bruch mit einer altbewährten Tradition hat für das konservative englische Empfinden etwas ganz besonders Aufregendes, und die Erregung ist dadurch um so größer geworden. Auch der Sprecher des Hauses hat sich die Aufassung von der formalen Verantwortlichkeit des von Herrn Asquith empfohlenen Ausweges aus der schwierigen Lage zu eigen gemacht, und durch die von ihm vorgeschlagene und vom Hause angenommene Vertagung der Angelegenheit bis zum Montag ist eine Ueberlegungsfrist geschaffen worden, in der eine die Tradition nicht verletzende Lösung der Frage in Erwägung gezogen werden soll. Auch Herr Asquith selbst hat nicht umhin können, in diesem Punkte den Rückzug anzutreten durch die Erklärung, daß es nicht seine Absicht sei, einen Bruch der Tradition zu bewirken,

deren Unverletzlichkeit das englische Parlament seine große Autorität unter allen Volksvertretungen der Welt verdanke.

Es bleibt abzuwarten, was bei den Versuchen, die aus den Augen gegangene Stellung des liberalen Kabinetts Asquith ohne Verletzung der Tradition wieder einzunehmen, herauskommen wird. Zunächst hat der konservative Führer Bonar Law die Lage dahin gekennzeichnet, daß dem Kabinett nur zwei ehrenvolle Auswege offen stünden, nämlich entweder Rücktritt oder Auflösung, wobei er jedoch hinzufügte, daß die Opposition der Regierung eine Schonfrist wegen der auswärtigen Lage zu gewähren bereit sei; wenn aber die auswärtige Lage ihren kritischen Charakter verloren habe, müsse die Regierung unbedingt die Konsequenz aus ihrer parlamentarischen Niederlage ziehen. Es ist auch durchaus nicht anzunehmen, daß die Konservativen diesen grundsätzlichen Standpunkt verflachen lassen werden, falls die auswärtigen Verhältnisse noch längere Zeit das einseitige Verbleiben des Herrn Asquith auf seinem Posten wünschenswert machen sollten. Sobald die Stunde geschlagen hat, die in der auswärtigen Politik genügend Klärung bringt, um den Konservativen bei einem von ihnen verurteilten Sturz des Kabinetts den Vorwurf mangelnder Rücksichtnahme auf die patriotischen Interessen zu ersparen, wird die Opposition nicht zögern, auf ihrem Scheine zu bestehen und die Befolgung der Forderung „Rücktritt oder Auflösung“ von Herrn Asquith zu fordern. Bei den Verhandlungen, die jetzt zum Zwecke eines annehmbaren parlamentarischen Ausgleiches geführt werden, handelt es sich im konservativen Sinne lediglich darum, wie trotz der parlamentarischen Niederlage des Kabinetts der Rücktritt oder die Auflösung ohne Bruch der Tradition vorläufig vermieden werden kann, keinesfalls aber hat die konservativ-unionistische Opposition im Sinne, auf solchem Wege für die liberale Regierung einen dauernden Ausweg schaffen zu helfen und sie auf diese neue im Saite zurechtzufinden. In jedem Falle zeigt dieser Vorgang, wie mißlich unter Umständen das allzu strenge parlamentarische Prinzip bei einer einseitigen Parteiregierung werden kann, und vielleicht wird aus dem jetzigen Anlaß auf neue der bereits früher erörterte Gedanke erwogen, angesichts der stets wachsenden Schwierigkeit, eine rein liberale oder rein konservative Mehrheit bei den Wahlen zu erzielen, zu dem Ausbittelmittel eines Coalitionensministeriums zu greifen.

Der Krieg auf dem Balkan.

Durchbruch der Tschataldschalinie.

Die erste bulgarische Armee hat die Tschataldscha-Stellung bei Hademsoj östlich des Ortes Tschataldscha, die den Kernpunkt der Befestigungslinie bildet, durchbrochen. Sechs Forts sind bereits im Besitze der Bulgaren.

Der Zustand ist entschlossen, unter allen Umständen in Konstantinopel zu verbleiben. Die im Ausland verbreiteten Gerüchte, daß sich der kaiserliche Heermeister, Konstantinopel zu verlassen, sind freie Erfindung.

Die griechische Armee

unter dem Befehl des Thronfolgers ist von Saloniki ausgebrochen und marschiert auf Monastir.

Ausbreitungen der Sieger in Saloniki.

Unter der Bevölkerung in Saloniki herrscht größte Aufregung. Bulgarische und griechische Soldaten plündern und begehen Gewalttakte unter den Mohammedanern. In den Straßen ist Lebensgefahr, da fortwährend scharf geschossen wird. Die Stadtverwaltung soll von griechischen Beamten übernommen worden sein, die Saloniki als griechische Stadt behandeln. Zahlreiche Türken bestürmen die Konsulate um Schutz.

Die bulgarischen Bedingungen.

Die bulgarischen Waffenstillstands- und Friedensbedingungen sind noch nicht endgültig festgelegt, da die Annahme des Königs fehlt. Man nennt folgende Punkte: Räumung des Festes der Tschataldschalinie und entweder Kapitulation der Tschataldscha-Armee oder Abzug unter Bewachung von Adrianopel, Stutari, Jannina und Monastir, weiterer Einzug der bulgarischen Truppen in Konstantinopel, Abtretung der meisten Gebiete, Internationalisierung Konstantinopels, außerdem freie Dardanellen-Durchfahrt und zuletzt Kriegsschadigung.

Die Vermittlung der Mächte.

Der serbische Sektionschef Jovanowitsch antwortete in Abwesenheit des serbischen Ministers Paskich auf die Anfrage der Mächtevertreter, ob Serbien eine Vermittlung der Mächte annehmen würde, daß er die Mediation zur weiteren Beurteilung dem Oberkommando einzuwenden werde. Darnach werde Serbien im Einvernehmen mit den Kabinetten der Bundesstaaten handeln. In Belgrad politischer Kreise glaubt man, daß dieser Schritt der Mächte keine unmittelbaren praktischen Erfolge haben werde.

Russland wirkt dämpfend auf Serbien ein.

Wie „Ruffi“ behauptet, hat Russland in Belgrad eine Unterstützung des serbischen Anspruchs auf die Adria abgelehnt, jedoch nur mit dem Vorbehalt, daß auch keine andere Macht sich an der Adria schloße. Die Dämpfung seitens Russlands habe bereits die Annahme des Angebotes Österreichs auf Verhandlungen mit Serbien über die Adriafrage durch das Kabinett in Belgrad erbracht.

Die neuesten Drahtberichte lauten:

Die Aufteilung der europäischen Türkei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Von diplomatischer Seite, die mit dem Gang der Verhandlungen zwischen den Mächten und den Balkanstaaten vertraut ist, erhält die „Nationalztg.“ folgendes Exposé über die Gebietsabtretungen, die Bulgarien verlangt und mit seinen Verbündeten vereinbart hat: Die Unterhandlungen, die im bulgarischen Hauptquartier mit dem türkischen Abgesandten geführt werden, bleiben auf die militärischen Operationen ohne jeden Einfluß. Niemand als die Bulgaren, die mit den Türken in engem Verkehr standen, kennen besser die diplomatischen Schritte und die diplomatische Politik der Flotte. Infolgedessen wird sich die bulgarische Regierung nicht hinhalten lassen, sondern die Truppen die militärische Arbeit beenden lassen, die noch zu tun bleibt. Da die Großmächte grundsätzlich der Aufteilung der europäischen Türkei zugestimmt haben, betrachtet die bulgarische